

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Verantwortlich: Hermann Engelke

Verlag: Carl Reubner

### Feindliche Teilangriffe südlich des Durca gescheitert.

**Antisch. Großes Hauptquartier, 2. Juli.**  
**Westlicher Kriegshauptquartier.**  
**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.**  
 An vielen Stellen der Front leisteten harte Feuerüberfälle Unternehmungen des Feindes ein. Sie wurden abgewiesen.  
**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.**  
 Westlich der Lise und südlich der Aisne rege Erkundungstätigkeit. Stärkere Teilangriffe des Feindes südlich des Durca und westlich von Chateau Thierry wurden in unserem Kampfgebiete zum Scheitern gebracht.  
 Reutnant Udet erlangt seinen 37. und 38., Reutnant Kroll seinen 28. und 29. Lufttag.  
 Der Erste Generalquartiermeister.  
 Ludendorff. (W. T. B.)

südlich der Eisenbahnlinie Goch-Willy vor. Der deutsche Gegenangriff auf die neuen französischen Stellungen südwestlich von Goch gab Veranlassung zu lebhaftem Kampf, in dessen Verlaufe unsere Truppen ihren Sieg zum Vorabend restlos behaupteten. Im Verlaufe dieser Gefechtslage machten die Franzosen ungefähr 200 Gefangene. Die Nacht verlief sonst überall ruhig.  
**Gesteigerte Artillerietätigkeit an der Piavefront.**  
 Wien, 2. Juli. (W. T. B.)  
 Antisch wird verlautbart: Die Artillerietätigkeit an der Piavefront ist an der ganzen italienischen Front sehr reger. Sie steigerte sich heute früh zwischen Brenta und Piave und an der unteren Piave zu namhafter Stärke. Große Infanterieaufstellungen sind gestern tagüber unterblieben. Der Chef des Generalstabes.

**Pro Berlin.**  
 Von [Nachdruck verboten.] 7  
 Dr. Leon Zeitlin,  
 Generalsekretär u. a. des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte.  
 In der letzten Debatte, die sich an die Frankfurter und Hamburger Protestkundgebungen gegen die Berliner Zentralwirtschaft angeschlossen hat, geben wir nachstehend aus einer Stimme Raum, welche die Zentralisierung der Kriegswirtschaft in Berlin zu verfertigen vermag. Die Redaktion.  
 Aus Frankfurt a. M. und Hamburg haben Persönlichkeiten und Erwerbsgruppen, die etwas zu sagen und etwas zu bedeuten haben, das System der heutigen Zwangswirtschaft als Grundlage der kommenden Friedenswirtschaft abgelehnt. Mit guten Gründen und mit erfruchtlicher Entschiedenheit. Wodurch unterscheiden sich diese Kundgebungen von ähnlichen, zu denen sich heute eigentlich schon jede Verammlung um Deutschlands wirtschaftliche Zukunft besorgter Männer gehalten? In Frankfurt a. M. und Hamburg hat man geklagt, die Wäage nicht an den Staatssozialismus schleichen, sondern vor allem an eine besondere Spielart, an die Berliner Zentralwirtschaft richten zu müssen.  
 Berlin ist zwar gewohnt, als Sündenbock herzuhalten, wenn das öffentliche Leben Deutschlands zu abschätzigem Kritik Anlass gibt. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß diese Kritik nur zu oft Wirkung und Wirkung vermischt. Unter dem Zwange der Kriegswirtschaften war bis zu einem gewissen Grade — das befreit wohl niemand — eine zusammenfassende und einheitliche Regelung unserer Volkswirtschaft nicht zu vermeiden. Das war hierbei zu weit gegangen, ist eine Frage für sich. Soweit wir aber Zwangswirtschaft brauchen und solange wir Zwangswirtschaft brauchen, muß sie zentralisiert sein. Liebigens sind freie Entfaltung von Handel und Verkehr und Konzentration von Handel und Verkehr keineswegs gegensätzliche Begriffe. Die Entscheidung vor dem Kriege hat dies deutlich gezeigt und nach dem Ende der Liebergangswirtschaft wird diese Entwicklung sich auch nicht aufhalten lassen.  
 Daß jede Zentralisation ihre Nachteile hat, braucht nicht gesagt zu werden. Nur ist es naiv, anzunehmen, man könne diese Nachteile im Wege der Dezentralisation beseitigen. Wo im Gesamtinteresse zentralisiert werden muß, da lassen sich die Härten der Zentralwirtschaft nicht durch Dezentralisation mildern und abtönen. Die Berliner Zentralwirtschaft ist ein Uebel. Aber zur Zeit in gewissem Umfang ein notwendiges. Würde die Zentrale fehlerlos arbeiten, wenn ihr Sitz Hamburg oder Frankfurt oder München wäre, oder wenn man für jedes Hauptgebiet der deutschen Volkswirtschaft einen eigenen Mittelpunkt schaffen wollte? Wogegen richten sich denn letzten Endes die dringlichsten Klagen und Beschwerden? Gegen die durch den Krieg geschaffenen tatsächlichen Verhältnisse, an denen sich nichts ändern wird, solange wir vom Weltmarkt abgespernt bleiben, gleichgültig, ob wir nun freie oder gebundene Wirtschaft haben. Daß unter diesen Verhältnissen besonders der Exporthandel, weiterhin die auf ausländische Rohstoffe angewiesenen Industrien und alle Erwerbsgruppen zu leiden haben, die zum Krieg und seinen Bedürfnissen keine Beziehung herstellen können, läßt sich nicht bestreiten. Daß ungeachtet alles, was mit unmittelbarem oder mittelbarem Heeres- und Staatsbedarf zu tun hat und alles, was von günstiger Lage in der Nähe heimischer Bodenschätze oder bequemer Verkehrswege profitiert, mit der Kriegswirtschaft sich trotz des lästigen Zwanges abzufinden weiß, ist ebensowenig neu. Weiblich die allerdings große und immer größer werdende Gruppe derer, die auf Grund ärgerlicher Einzelereignisse gern verallgemeinern: Man muß auf Bezug und Freigabeheine warten; man erhält Ausfuhrbewilligungen nicht sofort; man wird in Kentern, Stellen, Kriegsgesellschaften, Verbandsbureaus nicht immer lebenswürdig und nach Wunsch behandelt. Man muß fast wöchentlich zu Sitzungen nach Berlin fahren und reist teuer und unbequem und von dem berühmten oder berühmten — je nach Geschmack — Berliner Nachtleben ist nur die Nacht geblieben. Oder wäre irgend etwas gebessert, wenn man nach einer anderen Stadt läme oder gar wenn man mehrere Zentralwirtschaften hätte? Die Verdrießlichkeiten würden sich häufen, denn man mag gegen Zentralwirtschaft sagen, was man will, und man mag gegen Berlin und die diesen Maschinenapparat bedienenden Berliner (die übrigens nur zu kleinen Teilen reine Berliner sind) sagen, was man will. Der Vorteil der Zentralisation — die Leichtfertigkeit der einzige — daß sich fast alles, was zur Kriegswirtschaft gehört, organisatorisch und räumlich an einer Stelle zusammenfügt, fällt schwer ins Gewicht. Was würden die temperamentvollen Herren aus Süd und West und Nord sagen, wenn zur Abwicklung jedes einzelnen Falles eine kleine Hundstunde durch ganz Deutschland notwendig wäre?

**Englischer Heeresbericht vom 1. Juli morgens:**  
 Ein feindlicher Posten im Westwall wurde gestern von unseren Truppen gestürmt. Nachts überfielen wir feindliche Gräben westlich von Courmout. Wir machten bei diesen Gefechten einige Gefangene. Zu Beginn der Nacht führten Truppen aus einer ostenglischen Brigade eine gelungenen feindlichen Unternehmung nordwestlich von Albert aus, bei der sie 34 Gefangene machten, einige Maschinengewehre erbeuteten und eine Verbesserung unserer Stellungen an diesem Punkte erzielten. Ein feindlicher Gegenangriff im späteren Verlauf der Nacht wurde abgewiesen. Die feindliche Artillerie war nördlich Albert, südlich von Arras, südlich von Cambrai und in der Gegend von Valenciennes und Canal du Nord tätig.  
**Frankösischer Heeresbericht vom 1. Juli nachmittags:**  
 Zwischen Montdidier und Reims führten die Franzosen mehrere Handstreichs aus und machten etwa 20 Gefangene. Südlich der Aisne nahmen unsere Truppen das Zentrum des deutschen Widerstandes nördlich von Goch, dabei fielen 26 Gefangene in französische Hände. Südlich des Durca vertrieben unsere Truppen ihre Stellung zwischen Poth-en-Balots und Mainpout und trugen ihre Sten

**Der Kampf um den Col de Rosso.**  
 Italienischer Bericht vom 1. Juli: Auf dem Mt. Agogo-Maleau haben die tapferen Truppen unseres 13. Armeekorps gestern die Offensive ergriffen. Der feindliche Col de Rosso wurde im Sturm genommen, und Col Rosso wurde der Schlußpunkt harter Kämpfe während des ganzen Tages. Die Tapferkeit unserer Truppen behauptete sich glänzend gegen den hartnäckigen Widerstand des Feindes, und die umstrittene Stellung blieb in unseren Händen. Gegen Mittag und Nachmittag und gegen Abend richtete der Feind zwei starke Angriffe gegen den Mont di Col Rosso, aber die feindlichen Kräfte, hauptsächlich im Feuer unserer Artillerie, wurden glatt durch unsere Infanterie aufgehalten und gestoppt, zu weichen. Stücker beteiligten sich mit Kühnheit an allen Phasen des Kampfes. Die Verluste des Feindes am 29. und am gestrigen Tage sind von außerordentlichem Schwerk. 88 Offiziere, 1663 Mann wurden gefangen genommen. Unsere Verluste sind dem dem entscheidenden Angriffsbereit und der vorzüglichen Zusammenarbeit unserer Artillerie leicht geblieben. An der übrigen Front blieb die Gefechtslage gestern im gewöhnlichen Grenzen. Im Doone-Kiel und in der Gegend von Rezzano (Judisarie) überfielen wir einige feindliche Posten, wobei wir einige Gefangene machten und Maschinengewehre nahmen. In der Gegend der Jugga wurden feindliche Gefährdungsstellungen zurückgewiesen.

**Pro Berlin.**  
 Berlin ist zwar gewohnt, als Sündenbock herzuhalten, wenn das öffentliche Leben Deutschlands zu abschätzigem Kritik Anlass gibt. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß diese Kritik nur zu oft Wirkung und Wirkung vermischt. Unter dem Zwange der Kriegswirtschaften war bis zu einem gewissen Grade — das befreit wohl niemand — eine zusammenfassende und einheitliche Regelung unserer Volkswirtschaft nicht zu vermeiden. Das war hierbei zu weit gegangen, ist eine Frage für sich. Soweit wir aber Zwangswirtschaft brauchen und solange wir Zwangswirtschaft brauchen, muß sie zentralisiert sein. Liebigens sind freie Entfaltung von Handel und Verkehr und Konzentration von Handel und Verkehr keineswegs gegensätzliche Begriffe. Die Entscheidung vor dem Kriege hat dies deutlich gezeigt und nach dem Ende der Liebergangswirtschaft wird diese Entwicklung sich auch nicht aufhalten lassen.  
 Daß jede Zentralisation ihre Nachteile hat, braucht nicht gesagt zu werden. Nur ist es naiv, anzunehmen, man könne diese Nachteile im Wege der Dezentralisation beseitigen. Wo im Gesamtinteresse zentralisiert werden muß, da lassen sich die Härten der Zentralwirtschaft nicht durch Dezentralisation mildern und abtönen. Die Berliner Zentralwirtschaft ist ein Uebel. Aber zur Zeit in gewissem Umfang ein notwendiges. Würde die Zentrale fehlerlos arbeiten, wenn ihr Sitz Hamburg oder Frankfurt oder München wäre, oder wenn man für jedes Hauptgebiet der deutschen Volkswirtschaft einen eigenen Mittelpunkt schaffen wollte? Wogegen richten sich denn letzten Endes die dringlichsten Klagen und Beschwerden? Gegen die durch den Krieg geschaffenen tatsächlichen Verhältnisse, an denen sich nichts ändern wird, solange wir vom Weltmarkt abgespernt bleiben, gleichgültig, ob wir nun freie oder gebundene Wirtschaft haben. Daß unter diesen Verhältnissen besonders der Exporthandel, weiterhin die auf ausländische Rohstoffe angewiesenen Industrien und alle Erwerbsgruppen zu leiden haben, die zum Krieg und seinen Bedürfnissen keine Beziehung herstellen können, läßt sich nicht bestreiten. Daß ungeachtet alles, was mit unmittelbarem oder mittelbarem Heeres- und Staatsbedarf zu tun hat und alles, was von günstiger Lage in der Nähe heimischer Bodenschätze oder bequemer Verkehrswege profitiert, mit der Kriegswirtschaft sich trotz des lästigen Zwanges abzufinden weiß, ist ebensowenig neu. Weiblich die allerdings große und immer größer werdende Gruppe derer, die auf Grund ärgerlicher Einzelereignisse gern verallgemeinern: Man muß auf Bezug und Freigabeheine warten; man erhält Ausfuhrbewilligungen nicht sofort; man wird in Kentern, Stellen, Kriegsgesellschaften, Verbandsbureaus nicht immer lebenswürdig und nach Wunsch behandelt. Man muß fast wöchentlich zu Sitzungen nach Berlin fahren und reist teuer und unbequem und von dem berühmten oder berühmten — je nach Geschmack — Berliner Nachtleben ist nur die Nacht geblieben. Oder wäre irgend etwas gebessert, wenn man nach einer anderen Stadt läme oder gar wenn man mehrere Zentralwirtschaften hätte? Die Verdrießlichkeiten würden sich häufen, denn man mag gegen Zentralwirtschaft sagen, was man will, und man mag gegen Berlin und die diesen Maschinenapparat bedienenden Berliner (die übrigens nur zu kleinen Teilen reine Berliner sind) sagen, was man will. Der Vorteil der Zentralisation — die Leichtfertigkeit der einzige — daß sich fast alles, was zur Kriegswirtschaft gehört, organisatorisch und räumlich an einer Stelle zusammenfügt, fällt schwer ins Gewicht. Was würden die temperamentvollen Herren aus Süd und West und Nord sagen, wenn zur Abwicklung jedes einzelnen Falles eine kleine Hundstunde durch ganz Deutschland notwendig wäre?

**Neue U-Boot-Erfolge.**  
 Antisch. Berlin, 1. Juli.  
 Im Sperrgebiet um England wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote neuerdings 17 000 Brestregistertonnen feindlichen Schiffsraumes vernichtet.  
 Der Chef des Admiraltats der Marine.

**Zum Rücktritt des holländischen Marineministers.**  
 Hollands Bevormundung durch England.  
 (Telegramm unseres Korrespondenten.)  
 Haag, 2. Juli.  
 Die Regierung hat auf eine Anfrage nunmehr bestätigt, daß der holländische Marineminister Rambonnet zurückgetreten ist, weil der Regierungsgesellschaft von Holland nach Niederländisch-Indien infolge des Protestes der englischen Regierung gegen die Entlassung deutscher U-Booten keine Reise nicht antrat. Der Minister hat den aufstrebenden Befehl des Admiraltats mit seiner Verantwortung nicht in Einklang bringen können. Er war der Meinung, daß der Befehl trotz des englischen Protestes hätte ausführen müssen. Der Minister trat der Ansicht, daß, nachdem der Befehl Rambonnets in die Öffentlichkeit gedrungen war, man im Interesse des Landes der Demission fortgehen mußte. Rambonnet galt als einer der tüchtigsten und energiegeladesten Persönlichkeiten im Kabinett. Sein Rücktritt gilt als ein großer Verlust. Aufsehen macht die Tatsache, daß die Königin ihn jetzt zum Generaladjutanten ernannt hat.

**Pro Berlin.**  
 Berlin ist zwar gewohnt, als Sündenbock herzuhalten, wenn das öffentliche Leben Deutschlands zu abschätzigem Kritik Anlass gibt. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß diese Kritik nur zu oft Wirkung und Wirkung vermischt. Unter dem Zwange der Kriegswirtschaften war bis zu einem gewissen Grade — das befreit wohl niemand — eine zusammenfassende und einheitliche Regelung unserer Volkswirtschaft nicht zu vermeiden. Das war hierbei zu weit gegangen, ist eine Frage für sich. Soweit wir aber Zwangswirtschaft brauchen und solange wir Zwangswirtschaft brauchen, muß sie zentralisiert sein. Liebigens sind freie Entfaltung von Handel und Verkehr und Konzentration von Handel und Verkehr keineswegs gegensätzliche Begriffe. Die Entscheidung vor dem Kriege hat dies deutlich gezeigt und nach dem Ende der Liebergangswirtschaft wird diese Entwicklung sich auch nicht aufhalten lassen.  
 Daß jede Zentralisation ihre Nachteile hat, braucht nicht gesagt zu werden. Nur ist es naiv, anzunehmen, man könne diese Nachteile im Wege der Dezentralisation beseitigen. Wo im Gesamtinteresse zentralisiert werden muß, da lassen sich die Härten der Zentralwirtschaft nicht durch Dezentralisation mildern und abtönen. Die Berliner Zentralwirtschaft ist ein Uebel. Aber zur Zeit in gewissem Umfang ein notwendiges. Würde die Zentrale fehlerlos arbeiten, wenn ihr Sitz Hamburg oder Frankfurt oder München wäre, oder wenn man für jedes Hauptgebiet der deutschen Volkswirtschaft einen eigenen Mittelpunkt schaffen wollte? Wogegen richten sich denn letzten Endes die dringlichsten Klagen und Beschwerden? Gegen die durch den Krieg geschaffenen tatsächlichen Verhältnisse, an denen sich nichts ändern wird, solange wir vom Weltmarkt abgespernt bleiben, gleichgültig, ob wir nun freie oder gebundene Wirtschaft haben. Daß unter diesen Verhältnissen besonders der Exporthandel, weiterhin die auf ausländische Rohstoffe angewiesenen Industrien und alle Erwerbsgruppen zu leiden haben, die zum Krieg und seinen Bedürfnissen keine Beziehung herstellen können, läßt sich nicht bestreiten. Daß ungeachtet alles, was mit unmittelbarem oder mittelbarem Heeres- und Staatsbedarf zu tun hat und alles, was von günstiger Lage in der Nähe heimischer Bodenschätze oder bequemer Verkehrswege profitiert, mit der Kriegswirtschaft sich trotz des lästigen Zwanges abzufinden weiß, ist ebensowenig neu. Weiblich die allerdings große und immer größer werdende Gruppe derer, die auf Grund ärgerlicher Einzelereignisse gern verallgemeinern: Man muß auf Bezug und Freigabeheine warten; man erhält Ausfuhrbewilligungen nicht sofort; man wird in Kentern, Stellen, Kriegsgesellschaften, Verbandsbureaus nicht immer lebenswürdig und nach Wunsch behandelt. Man muß fast wöchentlich zu Sitzungen nach Berlin fahren und reist teuer und unbequem und von dem berühmten oder berühmten — je nach Geschmack — Berliner Nachtleben ist nur die Nacht geblieben. Oder wäre irgend etwas gebessert, wenn man nach einer anderen Stadt läme oder gar wenn man mehrere Zentralwirtschaften hätte? Die Verdrießlichkeiten würden sich häufen, denn man mag gegen Zentralwirtschaft sagen, was man will, und man mag gegen Berlin und die diesen Maschinenapparat bedienenden Berliner (die übrigens nur zu kleinen Teilen reine Berliner sind) sagen, was man will. Der Vorteil der Zentralisation — die Leichtfertigkeit der einzige — daß sich fast alles, was zur Kriegswirtschaft gehört, organisatorisch und räumlich an einer Stelle zusammenfügt, fällt schwer ins Gewicht. Was würden die temperamentvollen Herren aus Süd und West und Nord sagen, wenn zur Abwicklung jedes einzelnen Falles eine kleine Hundstunde durch ganz Deutschland notwendig wäre?

**Angeblliche Torpedierung eines englischen Lazarettschiffes.**  
 (Telegramm.)  
 London, 1. Juli. (Reuter.)  
 Die Admiraltät teilt amtlich mit, daß das Hospitalsschiff „Llandovery Castle“, 11 423 Bresttonnen, südwestlich von Fastnet am 27. Juni um 10.30 Uhr abends torpediert und besenkt wurde. 34 Mann der Besatzung werden vermisst.  
 Anmerkung des W. T. B.: Wie alle ähnlichen Behauptungen der englischen Admiraltät dürfte es auch in diesem Falle nicht den Tatsachen entsprechen, daß ein deutsches U-Boot an dem Schicksal des Schiffes schuld ist. Wie aus späteren Nachrichten hervorgeht, hat niemand an Bord des Dampfers ein U-Boot oder einen Torpedo bemerkt. Jedenfalls wird die Ursache des Verfalls auf eine englische Mine zurückzuführen sein.

**Der schwedische Gesandte in Tokio in Sibirien verschwunden.**  
 Moskau, 2. Juli. (E. A.)  
 Der schwedische Gesandte in Tokio, Wallenberg, der nach seinem Konflikt mit der dortigen Entendiplomatie von Wladivostok aus mit einer aus Schweden bestehenden Reisegesellschaft durch Sibirien nach Petersburg gelangen wollte, ist seit Anfang Mai nebst seinen Begleitern spurlos verschwunden. Die schwedische Gesandtschaft in Petersburg hat alle Hilfe in Bewegung gesetzt, um Aufführung über seinen Verbleib zu erhalten, doch sind alle Nachforschungen bisher ohne Ergebnis geblieben.

**Pro Berlin.**  
 Berlin ist zwar gewohnt, als Sündenbock herzuhalten, wenn das öffentliche Leben Deutschlands zu abschätzigem Kritik Anlass gibt. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß diese Kritik nur zu oft Wirkung und Wirkung vermischt. Unter dem Zwange der Kriegswirtschaften war bis zu einem gewissen Grade — das befreit wohl niemand — eine zusammenfassende und einheitliche Regelung unserer Volkswirtschaft nicht zu vermeiden. Das war hierbei zu weit gegangen, ist eine Frage für sich. Soweit wir aber Zwangswirtschaft brauchen und solange wir Zwangswirtschaft brauchen, muß sie zentralisiert sein. Liebigens sind freie Entfaltung von Handel und Verkehr und Konzentration von Handel und Verkehr keineswegs gegensätzliche Begriffe. Die Entscheidung vor dem Kriege hat dies deutlich gezeigt und nach dem Ende der Liebergangswirtschaft wird diese Entwicklung sich auch nicht aufhalten lassen.  
 Daß jede Zentralisation ihre Nachteile hat, braucht nicht gesagt zu werden. Nur ist es naiv, anzunehmen, man könne diese Nachteile im Wege der Dezentralisation beseitigen. Wo im Gesamtinteresse zentralisiert werden muß, da lassen sich die Härten der Zentralwirtschaft nicht durch Dezentralisation mildern und abtönen. Die Berliner Zentralwirtschaft ist ein Uebel. Aber zur Zeit in gewissem Umfang ein notwendiges. Würde die Zentrale fehlerlos arbeiten, wenn ihr Sitz Hamburg oder Frankfurt oder München wäre, oder wenn man für jedes Hauptgebiet der deutschen Volkswirtschaft einen eigenen Mittelpunkt schaffen wollte? Wogegen richten sich denn letzten Endes die dringlichsten Klagen und Beschwerden? Gegen die durch den Krieg geschaffenen tatsächlichen Verhältnisse, an denen sich nichts ändern wird, solange wir vom Weltmarkt abgespernt bleiben, gleichgültig, ob wir nun freie oder gebundene Wirtschaft haben. Daß unter diesen Verhältnissen besonders der Exporthandel, weiterhin die auf ausländische Rohstoffe angewiesenen Industrien und alle Erwerbsgruppen zu leiden haben, die zum Krieg und seinen Bedürfnissen keine Beziehung herstellen können, läßt sich nicht bestreiten. Daß ungeachtet alles, was mit unmittelbarem oder mittelbarem Heeres- und Staatsbedarf zu tun hat und alles, was von günstiger Lage in der Nähe heimischer Bodenschätze oder bequemer Verkehrswege profitiert, mit der Kriegswirtschaft sich trotz des lästigen Zwanges abzufinden weiß, ist ebensowenig neu. Weiblich die allerdings große und immer größer werdende Gruppe derer, die auf Grund ärgerlicher Einzelereignisse gern verallgemeinern: Man muß auf Bezug und Freigabeheine warten; man erhält Ausfuhrbewilligungen nicht sofort; man wird in Kentern, Stellen, Kriegsgesellschaften, Verbandsbureaus nicht immer lebenswürdig und nach Wunsch behandelt. Man muß fast wöchentlich zu Sitzungen nach Berlin fahren und reist teuer und unbequem und von dem berühmten oder berühmten — je nach Geschmack — Berliner Nachtleben ist nur die Nacht geblieben. Oder wäre irgend etwas gebessert, wenn man nach einer anderen Stadt läme oder gar wenn man mehrere Zentralwirtschaften hätte? Die Verdrießlichkeiten würden sich häufen, denn man mag gegen Zentralwirtschaft sagen, was man will, und man mag gegen Berlin und die diesen Maschinenapparat bedienenden Berliner (die übrigens nur zu kleinen Teilen reine Berliner sind) sagen, was man will. Der Vorteil der Zentralisation — die Leichtfertigkeit der einzige — daß sich fast alles, was zur Kriegswirtschaft gehört, organisatorisch und räumlich an einer Stelle zusammenfügt, fällt schwer ins Gewicht. Was würden die temperamentvollen Herren aus Süd und West und Nord sagen, wenn zur Abwicklung jedes einzelnen Falles eine kleine Hundstunde durch ganz Deutschland notwendig wäre?

**Das Verfahren gegen Gallaug.**  
 (Telegramm unseres Korrespondenten.)  
 w. Zürich, 2. Juli.  
 Die Schweizerische Deputationenagentur meldet aus Paris: Das spanisch-französische Gen. „La Bataille“ schreibt, daß die Untersuchung gegen Gallaug in der nächsten Woche bestimmt zu Ende sein wird. Im Juli wird Hauptmann Bourcardon die Abweisung seines Verurteilten beantragen, wenn die Regierung es nicht vorzieht, Gallaug vor den obersten Gerichtshof zu stellen, um die Angelegenheit den Kriegsgerichten zu entziehen.

**Die fünfte Lesung der Wahlrechtsvorlage.**  
 Wie wir hören, dürfte die fünfte Lesung der Verfassungsvorlagen im preussischen Abgeordnetenhause ohne größere Debatten vor sich gehen. Die Anhänger des gleichen Wahlrechts dürften sich auf kurze Protestklärungen gegen die Mehrstimmensbeschränkung des konservativ-rechtsnational-liberalen Blocks beschränken. Auch die Frage einer Zusatzstimme für die Kriegsteilnehmer, die beabsichtigt von der Mehrheit abgelehnt worden ist, dürfte nicht mehr berührt werden.  
 (Wobei auch Seite 24)

**Pro Berlin.**  
 Berlin ist zwar gewohnt, als Sündenbock herzuhalten, wenn das öffentliche Leben Deutschlands zu abschätzigem Kritik Anlass gibt. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß diese Kritik nur zu oft Wirkung und Wirkung vermischt. Unter dem Zwange der Kriegswirtschaften war bis zu einem gewissen Grade — das befreit wohl niemand — eine zusammenfassende und einheitliche Regelung unserer Volkswirtschaft nicht zu vermeiden. Das war hierbei zu weit gegangen, ist eine Frage für sich. Soweit wir aber Zwangswirtschaft brauchen und solange wir Zwangswirtschaft brauchen, muß sie zentralisiert sein. Liebigens sind freie Entfaltung von Handel und Verkehr und Konzentration von Handel und Verkehr keineswegs gegensätzliche Begriffe. Die Entscheidung vor dem Kriege hat dies deutlich gezeigt und nach dem Ende der Liebergangswirtschaft wird diese Entwicklung sich auch nicht aufhalten lassen.  
 Daß jede Zentralisation ihre Nachteile hat, braucht nicht gesagt zu werden. Nur ist es naiv, anzunehmen, man könne diese Nachteile im Wege der Dezentralisation beseitigen. Wo im Gesamtinteresse zentralisiert werden muß, da lassen sich die Härten der Zentralwirtschaft nicht durch Dezentralisation mildern und abtönen. Die Berliner Zentralwirtschaft ist ein Uebel. Aber zur Zeit in gewissem Umfang ein notwendiges. Würde die Zentrale fehlerlos arbeiten, wenn ihr Sitz Hamburg oder Frankfurt oder München wäre, oder wenn man für jedes Hauptgebiet der deutschen Volkswirtschaft einen eigenen Mittelpunkt schaffen wollte? Wogegen richten sich denn letzten Endes die dringlichsten Klagen und Beschwerden? Gegen die durch den Krieg geschaffenen tatsächlichen Verhältnisse, an denen sich nichts ändern wird, solange wir vom Weltmarkt abgespernt bleiben, gleichgültig, ob wir nun freie oder gebundene Wirtschaft haben. Daß unter diesen Verhältnissen besonders der Exporthandel, weiterhin die auf ausländische Rohstoffe angewiesenen Industrien und alle Erwerbsgruppen zu leiden haben, die zum Krieg und seinen Bedürfnissen keine Beziehung herstellen können, läßt sich nicht bestreiten. Daß ungeachtet alles, was mit unmittelbarem oder mittelbarem Heeres- und Staatsbedarf zu tun hat und alles, was von günstiger Lage in der Nähe heimischer Bodenschätze oder bequemer Verkehrswege profitiert, mit der Kriegswirtschaft sich trotz des lästigen Zwanges abzufinden weiß, ist ebensowenig neu. Weiblich die allerdings große und immer größer werdende Gruppe derer, die auf Grund ärgerlicher Einzelereignisse gern verallgemeinern: Man muß auf Bezug und Freigabeheine warten; man erhält Ausfuhrbewilligungen nicht sofort; man wird in Kentern, Stellen, Kriegsgesellschaften, Verbandsbureaus nicht immer lebenswürdig und nach Wunsch behandelt. Man muß fast wöchentlich zu Sitzungen nach Berlin fahren und reist teuer und unbequem und von dem berühmten oder berühmten — je nach Geschmack — Berliner Nachtleben ist nur die Nacht geblieben. Oder wäre irgend etwas gebessert, wenn man nach einer anderen Stadt läme oder gar wenn man mehrere Zentralwirtschaften hätte? Die Verdrießlichkeiten würden sich häufen, denn man mag gegen Zentralwirtschaft sagen, was man will, und man mag gegen Berlin und die diesen Maschinenapparat bedienenden Berliner (die übrigens nur zu kleinen Teilen reine Berliner sind) sagen, was man will. Der Vorteil der Zentralisation — die Leichtfertigkeit der einzige — daß sich fast alles, was zur Kriegswirtschaft gehört, organisatorisch und räumlich an einer Stelle zusammenfügt, fällt schwer ins Gewicht. Was würden die temperamentvollen Herren aus Süd und West und Nord sagen, wenn zur Abwicklung jedes einzelnen Falles eine kleine Hundstunde durch ganz Deutschland notwendig wäre?

**Das Verfahren gegen Gallaug.**  
 (Telegramm unseres Korrespondenten.)  
 w. Zürich, 2. Juli.  
 Die Schweizerische Deputationenagentur meldet aus Paris: Das spanisch-französische Gen. „La Bataille“ schreibt, daß die Untersuchung gegen Gallaug in der nächsten Woche bestimmt zu Ende sein wird. Im Juli wird Hauptmann Bourcardon die Abweisung seines Verurteilten beantragen, wenn die Regierung es nicht vorzieht, Gallaug vor den obersten Gerichtshof zu stellen, um die Angelegenheit den Kriegsgerichten zu entziehen.

**Die fünfte Lesung der Wahlrechtsvorlage.**  
 Wie wir hören, dürfte die fünfte Lesung der Verfassungsvorlagen im preussischen Abgeordnetenhause ohne größere Debatten vor sich gehen. Die Anhänger des gleichen Wahlrechts dürften sich auf kurze Protestklärungen gegen die Mehrstimmensbeschränkung des konservativ-rechtsnational-liberalen Blocks beschränken. Auch die Frage einer Zusatzstimme für die Kriegsteilnehmer, die beabsichtigt von der Mehrheit abgelehnt worden ist, dürfte nicht mehr berührt werden.  
 (Wobei auch Seite 24)

**Pro Berlin.**  
 Berlin ist zwar gewohnt, als Sündenbock herzuhalten, wenn das öffentliche Leben Deutschlands zu abschätzigem Kritik Anlass gibt. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß diese Kritik nur zu oft Wirkung und Wirkung vermischt. Unter dem Zwange der Kriegswirtschaften war bis zu einem gewissen Grade — das befreit wohl niemand — eine zusammenfassende und einheitliche Regelung unserer Volkswirtschaft nicht zu vermeiden. Das war hierbei zu weit gegangen, ist eine Frage für sich. Soweit wir aber Zwangswirtschaft brauchen und solange wir Zwangswirtschaft brauchen, muß sie zentralisiert sein. Liebigens sind freie Entfaltung von Handel und Verkehr und Konzentration von Handel und Verkehr keineswegs gegensätzliche Begriffe. Die Entscheidung vor dem Kriege hat dies deutlich gezeigt und nach dem Ende der Liebergangswirtschaft wird diese Entwicklung sich auch nicht aufhalten lassen.  
 Daß jede Zentralisation ihre Nachteile hat, braucht nicht gesagt zu werden. Nur ist es naiv, anzunehmen, man könne diese Nachteile im Wege der Dezentralisation beseitigen. Wo im Gesamtinteresse zentralisiert werden muß, da lassen sich die Härten der Zentralwirtschaft nicht durch Dezentralisation mildern und abtönen. Die Berliner Zentralwirtschaft ist ein Uebel. Aber zur Zeit in gewissem Umfang ein notwendiges. Würde die Zentrale fehlerlos arbeiten, wenn ihr Sitz Hamburg oder Frankfurt oder München wäre, oder wenn man für jedes Hauptgebiet der deutschen Volkswirtschaft einen eigenen Mittelpunkt schaffen wollte? Wogegen richten sich denn letzten Endes die dringlichsten Klagen und Beschwerden? Gegen die durch den Krieg geschaffenen tatsächlichen Verhältnisse, an denen sich nichts ändern wird, solange wir vom Weltmarkt abgespernt bleiben, gleichgültig, ob wir nun freie oder gebundene Wirtschaft haben. Daß unter diesen Verhältnissen besonders der Exporthandel, weiterhin die auf ausländische Rohstoffe angewiesenen Industrien und alle Erwerbsgruppen zu leiden haben, die zum Krieg und seinen Bedürfnissen keine Beziehung herstellen können, läßt sich nicht bestreiten. Daß ungeachtet alles, was mit unmittelbarem oder mittelbarem Heeres- und Staatsbedarf zu tun hat und alles, was von günstiger Lage in der Nähe heimischer Bodenschätze oder bequemer Verkehrswege profitiert, mit der Kriegswirtschaft sich trotz des lästigen Zwanges abzufinden weiß, ist ebensowenig neu. Weiblich die allerdings große und immer größer werdende Gruppe derer, die auf Grund ärgerlicher Einzelereignisse gern verallgemeinern: Man muß auf Bezug und Freigabeheine warten; man erhält Ausfuhrbewilligungen nicht sofort; man wird in Kentern, Stellen, Kriegsgesellschaften, Verbandsbureaus nicht immer lebenswürdig und nach Wunsch behandelt. Man muß fast wöchentlich zu Sitzungen nach Berlin fahren und reist teuer und unbequem und von dem berühmten oder berühmten — je nach Geschmack — Berliner Nachtleben ist nur die Nacht geblieben. Oder wäre irgend etwas gebessert, wenn man nach einer anderen Stadt läme oder gar wenn man mehrere Zentralwirtschaften hätte? Die Verdrießlichkeiten würden sich häufen, denn man mag gegen Zentralwirtschaft sagen, was man will, und man mag gegen Berlin und die diesen Maschinenapparat bedienenden Berliner (die übrigens nur zu kleinen Teilen reine Berliner sind) sagen, was man will. Der Vorteil der Zentralisation — die Leichtfertigkeit der einzige — daß sich fast alles, was zur Kriegswirtschaft gehört, organisatorisch und räumlich an einer Stelle zusammenfügt, fällt schwer ins Gewicht. Was würden die temperamentvollen Herren aus Süd und West und Nord sagen, wenn zur Abwicklung jedes einzelnen Falles eine kleine Hundstunde durch ganz Deutschland notwendig wäre?